

Italien – ein Land im ständigen Notstand

Immer mehr Alltagsprobleme werden dem Zivilschutz anvertraut

Das Erdbeben in den Abruzzen hat eine Welle der Solidarität ausgelöst. Die fatalen Folgen des Bebens waren aber gerade auch dem in Italien oft fehlenden Gemeinschaftssinn anzulasten. Deshalb wird der Notstand zunehmend auch zur Lösung von Alltagsproblemen erklärt.

Tz. Rom, 22. April

Ministerpräsident Berlusconi hat kürzlich gesagt, er sei selten so stolz darauf gewesen, Italiener zu sein. Der Regierungschef sprach nicht nur die eindrückliche Welle der Solidarität mit den Erdbebenopfern in der Bergregion Abruzzen an. Er heischte auch nach Anerkennung für den bis heute im allgemeinen Urteil erfolgreichen Katastropheneinsatz des Nationalen Dienstes für den Zivilschutz, der dem Ministerpräsidenten direkt unterstellt ist. Der Zivilschutzchef, Guido Bertolaso, behauptete gar, dass seine Organisation anderen Ländern als Vorbild dienen könne.

Mangel an Gemeinschaftssinn

Im Normalzustand herrschen in Italien jedoch kaum vorbildliche Verhältnisse. Ausser bei Katastrophenfällen ist in der noch kaum 150-jährigen Republik nur selten jener Gemeinschaftssinn feststellbar, der anderen führenden Industrienationen eigen ist. Die Missachtung von Gesetzen und Normen ist notorisch. Der Staatsapparat ist sehr kostspielig, doch ungemein ineffizient. So waren auch in den Abruzzen, einer bekannten seismischen Gefahrenzone, selbst rudimentärste Bauvorschriften missachtet worden, und zwar beileibe nicht nur von profitgierigen privaten Immobilienhändlern, sondern vor allem auch von den staatlichen Instanzen.

Staatspräsident Giorgio Napolitano stellte denn auch schon kurz nach dem Desaster fest, dass niemand ohne Schuld sei. Der neue Chefredaktor des «Corriere della Sera», Ferruccio de

Bortoli, wies seine Mitbürger kürzlich auch darauf hin, dass sich das Niveau einer Zivilisation nicht am Zusammenhalt der Bürger im akuten Notstand, sondern vielmehr an der «Kultur der Prävention und des Unterhalts» messe. Solche Ermahnungen sind aber alles andere als neu, und sie sind schon bei früheren Naturkatastrophen, die auf der Apenninhalbinsel relativ häufig vorkommen, immer wieder ignoriert worden.

Monströses Dickicht von Gesetzen

Statt einer «Kultur der Prävention» scheint sich in Italien vielmehr eine problematische, oft geradezu bizarr anmutende «Kultur des Notstands» herausgebildet zu haben. Weil sich im Belpaese auf normale Weise viele Alltagsprobleme nicht mehr lösen lassen, nehmen die Regierungen immer häufiger zum Ausnahmerecht Zuflucht. Der Notstand wird längst nicht mehr nur bei Naturkatastrophen, sondern auch etwa zur Lösung der Verkehrs- und Abfallprobleme in den Grossstädten oder zur rechtzeitigen Fertigstellung von bedeutenden Infrastrukturprojekten ausgerufen.

Bei der Lösung dieser alltäglichen «Notfälle» wird jeweils der mit Sonderkompetenzen und ausserordentlichen Geldmitteln ausgestattete Nationale Dienst für den Zivilschutz eingesetzt, der 1992 ins Leben gerufen worden war – in arg verspäteter Reaktion auf den miserablen Katastropheneinsatz nach dem schweren Erdbeben von 1990 in Irpinia. Wie die Journalisten Gian Antonio Stella und Sergio Rizzo in ihrem Buch «La Deriva» kritisch feststellen, wird der Zivilschutz von der Regierung zunehmend als «typisch italienische Abkürzung» genutzt, um das monströse Dickicht von Gesetzen, bürokratischen Prozeduren, politischen Streitigkeiten und Einsprüchen verschiedenster Interessengruppen umgehen zu können. Offenkundig können bei diesem Vorgehen die Probleme aber oft nur punktuell, oberflächlich und behelfsmässig gelöst werden. Des Instrumentariums des Zivilschutzes bedient sich



Evakuierte erhalten die Bewilligung, in ihre beim Erdbeben in L'Aquila zerstörten Häuser zurückzukehren, um nach ihren Habseligkeiten zu suchen.

GUIDO MONTANI / EPA

nicht zuletzt auch der «Macher» Berlusconi. Er war es auch, der den Zivilschutz 2001 vollständig in ein Departement des Ministerpräsidentenamtes umfunktionierte. Und dem «Cavaliere» war es auch eingefallen, selbst die Organisation von Grossereignissen in Politik und Sport dem Zivilschutz anzuvertrauen und auch dafür jeweils den Notstand zu erklären. Der Zivilschutzchef Bertolaso wird deshalb auch etwa für die reibungslose Abwicklung der diesjährigen G-8-Konferenz bei Sardinien oder der Feierlichkeiten für das 150-jährige Bestehen der Einheit Italiens zuständig sein.

Nutzung der Sondervollmachten

Aber auch Mitte-Links-Politiker scheuten sich bisher keineswegs, für die Lösung eher alltäglicher, vom Menschen verursachter Probleme

immer wieder den Notstand auszurufen und die Sondervollmachten des Zivilschutzes zu nutzen, in dessen System neben allen staatlichen Körperschaften auch zahlreiche Freiwilligenorganisationen eingespannt sind. Bertolaso war nicht erst vor einem Jahr von der Regierung Berlusconi, sondern – ohne Erfolg – bereits einmal 2006 von Ministerpräsident Prodi damit beauftragt worden, den Augiasstall in Neapel auszumisten.

Besonders kurios ist schliesslich der Fall des von Prodi 2006 bewilligten Zivilschutz-Beitrags von 200 000 Euro zur Restauration von Donatello's berühmter David-Bronzestatue in Florenz. Die Zahlung wurde mit der Behebung von Hochwasserschäden gerechtfertigt. Die Überschwemmungen hatten sich allerdings 40 Jahre zuvor, nämlich 1966 ereignet, und die Statue selber war damals gar nicht weiter beschädigt worden.

EU-Vermittlungsmission in der Republik Moldau

Furcht vor Migrationsschub

win. Brüssel, 22. April

Der noch amtierende Vorsitzende der EU, der tschechische Ministerpräsident Topolanek, ist am Mittwoch zu Gesprächen mit dem moldauischen Präsidenten Woronin nach Chisinau gereist. Topolaneks Mission ist heikel. Er muss gleichzeitig versuchen, die Spannungen in der kleinen Republik an der Südostgrenze der EU zu lindern und dem unter moldauischen Verbal-Beschuss geratenen EU-Mitgliedstaat Rumänien die Stange zu halten. Chisinau hat Bukarest vorgeworfen, in die schweren Unruhen verwickelt zu sein, die nach den Parlamentswahlen ausgebrochen waren. Unter anderem wurde der rumänische Botschafter zur unerwünschten Person erklärt.

Die Pflicht zur Bezeugung von Solidarität mit Rumänien dürfte dem tschechischen Regierungschef aber umso schwerer fallen, als in der EU grösste Besorgnis über die Absicht Bukarests ausgebrochen ist, Hunderttausenden von Moldauern mit rumänischstämmigen Vorfahren eine erleichterte Einbürgerung anzubieten. Der rumänische Präsident Basescu hatte Mitte Monat ein entsprechendes Vorhaben im Drittländerrecht angekündigt und davon gesprochen, in der rumänischen Botschaft in Chisinau lägen rund 650 000 Einbürgerungsgesuche, die gegen eine Million Personen betreffen. In vielen EU-Mitgliedstaaten wird für den Fall, dass Bukarest mit seinem Vorhaben Ernst macht, eine wahre Migrationswelle aus dem Ostbalkan befürchtet.

«Lahme Ente»

Topolaneks Mission ist aber auch darum schwierig, weil er selber nach dem Sturz seiner Regierung eine «lahme Ente» geworden ist, die die Regierungsgeschäfte nur noch interimistisch ausübt. Noch am Morgen vor seiner Abreise nach Chisinau hatte Topolanek bei einem Frühstück in Brüssel dem Präsidenten der EU-Kommission, Barroso, seinen Nachfolger, Jan Fischer, vorgestellt. Dieser soll das Amt des tschechischen Regierungschefs – und damit des EU-Vorsitzenden – am 9. Mai übernehmen. Damit kann Topolanek zwar noch den Prestige-Gipfel der EU mit ihren östlichen Nachbarn am 7. Mai in Prag präsidieren. Doch falls dabei der weissrussische Diktator Lukaschenko sein Land vertritt, könnte selbst dieser Gipfel noch für Misstöne sorgen. In einigen Mitgliedstaaten wird laut darüber nachgedacht, ob die betreffenden Staats- oder Regierungschefs nicht zu Hause bleiben sollten, falls Lukaschenko nach Prag reist.

Oberstes Gericht bestätigt Wahlergebnis

Chisinau, 22. April. (Reuters) Das Verfassungsgericht der Republik Moldau hat das Ergebnis der Parlamentswahl vom 5. April bestätigt. Das Gericht habe das Resultat der Nachzählung der Stimmzettel durch die zentrale Wahlkommission akzeptiert, teilte das Verfassungsgericht am Mittwoch mit. Damit bleibt es bei dem amtlich verkündeten knappen Wahlsieg der Kommunisten, der zum Teil gewaltsame Proteste ausgelöst hatte.

Das krisengeschüttelte Island wählt am Samstag ein neues Parlament. Ein Sieg der rot-grünen Übergangsregierung scheint sicher, während die Konservativen vor einer Schlappe stehen.

I. M. Reykjavik, 22. April

An der Wand des Wahllokals hängt eine verbeulte Bratpfanne – kein Zweifel, hier hat sich die Bürgerbewegung eingenistet. Der Wok symbolisiert die «Pfannenrevolution» vom Winter, als Tausende wütender Isländerinnen und Isländer Samstag für Samstag vor dem Parlament demonstrierten, mit Kochlöffeln auf Töpfe und Pfannen schlugen und die Regierung Ende Januar zu Fall brachten. So symbolträchtig wie der Wandschmuck ist die Adresse: Die Bürgerbewegung hat sich temporär in der Reykjaviker Einkaufsmeile Laugavegur eingemietet, wo eine augenfällige Zahl leerstehender Geschäfte die Wirtschaftskrise sichtbar macht. «Wir wollen ein Störfaktor sein, eine schmerzliche Erinnerung an nicht eingelöste Versprechen», sagt Thrainn Bertsson. Der 64-jährige Verfasser und Filmemacher steht zuoberst auf der Wahlliste in Nord-Reykjavik mit guten Chancen, am Samstag gewählt zu werden. Die Bewegung dürfte die 5-Prozent-Schwelle schaffen und künftig, statt vor dem Parlament zu lärmern, mit drei, vier Abgeordneten im «Althingi» mitreden können.

Links-Grüne im Aufwind

Die Anliegen der politischen Novizen, die sich bei den Samstagsdemonstrationen kennengelernt haben, sind weder revolutionär noch einzigartig: mehr Demokratie, Transparenz und Information statt Parteienherrschaft und Vetternwirtschaft, eine Verfassungsreform, Soforthilfe für notleidende Haushalte sowie Beitrittsverhandlungen mit der EU. Damit decken sich ihre Ziele auf weite Strecken mit der Prioritätenliste des rot-grünen Übergangskabinetts, das seine Koalition nach den Wahlen fortsetzen dürfte. Nach der jüngsten Wählerbefragung von Capacent-Gallup wird die sozialdemokratische Allianz stärkste Partei mit fast 31 Prozent der Stimmen (gegenüber 27 Prozent im Mai 2007), es folgt die Linksgrüne Bewegung mit 26 (14) Prozent. Der konservativen Unabhängigkeitspartei droht mit 23 (gegenüber 37) Prozent eine historische Schlappe. Die Partei musste im Januar nach 18 Jahren in die Opposition gehen, während die mitregierenden Sozialdemokraten das Zepter übernahmen.

Auffallend am Wahlkampf ist vor allem dessen Kürze. Die Übergangsregierung versuchte ihr ambitioniertes Programm bis in die letzten Minuten umzusetzen und löste das Parlament erst acht Tage vor den Wahlen auf, so dass sich der Wahlkampf auf die letzte Woche konzentrierte. Die Kampagnen werden dominiert von Themen wie Bankenkollaps und Staatsbankrott, Verfassungsreformen, Bau neuer Aluminiumschmelzer und der EU-Frage. Letzteres ist seit langem eine Herzensangelegenheit der Sozialdemokraten, die im

Blitzwahlkampf auf Island

Rot-grüne Übergangskoalition mit guten Siegchancen

Alleingang der Atlantikinsel keine Zukunft sehen und schnellstmöglich ein Beitrittsgebet einreichen wollen. Während die Zahl der EU-Anhänger in den ersten Krisenwochen markant stieg, ist die Begeisterung seither abgebrockelt. Was lockt, ist der Euro – die Unionsidee löst kaum Euphorie aus. Zudem hat die Fischereiindustrie das Anti-EU-Lobbying intensiviert, und die Linksgrünen bleiben vehemente Beitrittsgegner.

Angesichts der Krise wollen alle Parteien betroffene Haushalte und Firmen unterstützen, für Wahlgewinne ist aber kein Geld vorhanden. Offen bleibt, wie das Loch in der Staatskasse gestopft und der Abbau der enormen Schulden gestaltet werden soll. Die Koalition schlägt Steuererhöhungen und Budgetkürzungen vor, ohne den Wohlfahrtsstaat und das Bildungswesen auszuhehlen. Für die Konservativen hat dagegen die Schaffung neuer Stellen und Steuerzahler oberste Priorität; sie wollen den Bau energieintensiver Grossprojekte unbedingt vorantreiben. Während die Linksgrünen neue Aluminiumschmelzwerke ablehnen, sind die Sozialdemokraten gespalten: Viele Städte halten die Bewahrung der Naturreichtümer hoch, in ländlichen Gebieten ist jedoch jeder Arbeitsplatz willkommen.

Die Linksgrünen von Parteichef Steingrímur Sigfusson, der seit Februar den Geldsackel der Insel verwaltet, sind im Aufwind. Vor wenigen Monaten noch, als die Finanz-Wikinger bewundert wurden und das schnelle Geldverdien als Tugend galt, wurde der klassische Linkskurs der Partei belächelt. Mittlerweile besinnen sich viele wieder auf Werte wie Solidarität und Fleiss. Dass die Partei seit ihrer Gründung 1999 in der Opposition politisiert, verschafft ihr in den Augen vieler zusätzliche Glaubwürdigkeit.

Konservatives Vermächtnis

Ihre Glaubwürdigkeit verloren hat die Unabhängigkeitspartei. «Die Wahlen handeln nicht von der Zukunft, sondern sind eine Abrechnung mit der Vergangenheit», sagt ein Sprecher der Konservativen. Der Ex-Regierungschef Geir Haarde hat vor ein paar Wochen zugegeben, dass seine Partei bei der Privatisierung des Finanzsektors schwerwiegende Fehler begangen hat, und entschuldigte sich – nach dem langen Schweigen der früheren Regierung ein überfälliger Schritt.

Vor dem Parteihauptquartier der Konservativen steht eine Büste von Bjarni Benediktsson, der 1963 bis 1970 die Staatsgeschicke führte. Bis dessen gleichnamiger Grossneffe in seine Fussstapfen treten kann, liegt viel Arbeit vor ihm. Der Ende März zum Parteichef gewählte 39-jährige Anwalt wird die Konservativen aus der Asche des Kollapses neu formen müssen. Schon die ersten Amtswochen Benediktssons wurden zum Alptraum, als ein Parteispandenskandal aufflog: Ende 2006 hatten die Konservativen von Landsbanki und von der Investmentgesellschaft FL Group Spenden über 25 bzw. 30 Millionen Kronen (damals etwa 430 000 bzw. 542 000 Franken) erhalten. Kein illegaler Akt zwar, aber ein unethischer, denn die Mittel flossen, nur Tage bevor ein

neues Parteifinanzierungsgesetz in Kraft trat, das Spenden auf 300 000 Kronen begrenzt. Auch hier nahm Haarde die Schuld auf sich, während Benediktsson versprach, die Gelder zurückzuzahlen.

Einen wichtigen Sieg konnten die Konservativen dennoch verbuchen, indem sie die von der Regierung vorgelegten Verfassungsänderungen blockierten. Sie verhinderten die Einführung von Volksinitiativen, die Einberufung einer Volksversammlung, die Verstaatlichung von Natursourcen sowie eine Vereinfachung von Verfassungsänderungen. Letzteres ist für die alte und vermutlich neue Regierung besonders bitter, blockiert es doch ihren Handlungsspielraum, etwa in der EU-Frage. Verfassungsänderungen müssen weiterhin in zwei aufeinanderfolgenden Legislaturperioden vom Althingi gutgeheissen werden statt neu nur einmal vom Parlament und dann vom Volk. Um wichtige Projekte verwirklichen zu können, werden Neuwahlen nötig sein, weshalb Beobachter eine kurze Legislaturperiode erwarten.

Johanna statt Obama

Die Orientierungslosigkeit auf der 320 000-Seelen-Insel bleibt gross. «Island hat Erdbeben, Vulkanausbrüche und Epidemien überlebt. Diese Krise ist jedoch keine Naturkatastrophe; wir Menschen haben sie verschuldet und niemand weiss, wie wir herausfinden sollen», sagt die Journalistin Alda Sigmundsdóttir, deren Blog «icelandweatherreport.com» im Zuge der Krise internationale Beachtung gewonnen hat: «Uns fehlt ein Obama.» Doch Island hat Johanna Sigurðóttir. Die Übergangs-Regierungschefin ist zwar keine Lichtgestalt mit viel Charisma, Humor und Visionen. Dafür wird die einstige Stewardess, dienstälteste Parlamentarierin und zweimalige Sozialministerin von Freunden wie Feinden als integer, glaubwürdig, prinzipientreu, strebsam und als Anwältin der kleinen Leute bezeichnet – Eigenschaften, die nötig sein werden, um die gestrauchelte Insel auf den rechten Weg zurückzuführen.

Vier türkische Offiziere festgenommen

Istanbul, 22. April. (dpa) Die türkische Polizei hat bei neuen Ermittlungen gegen die mutmassliche Verschwörergruppe Ergenekon am Mittwoch vier Armeeeoffiziere festgenommen. Der Einsatz folgte nach dem Fund eines geheimen Waffenlagers in Istanbul, wie türkische Fernsehsender berichteten. Es seien auch mehrere Zivilisten festgenommen worden. Die Staatsanwaltschaft wirft dem ultranationalistischen Geheimbund Ergenekon vor, den Sturz der islamisch-konservativen Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan geplant zu haben. Die Gruppe wird auch beschuldigt, in mehrere Anschläge der vergangenen Jahre verwickelt zu sein. Inzwischen sind mehr als 200 Beschuldigte angeklagt worden, unter ihnen Politiker, Offiziere und Journalisten.